

Minister Armin Laschet: Neuer Vorschlag der Spitzenverbände zum KiBiz basiert auf Kindförderung

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration teilt mit: Der nordrhein-westfälische Familienminister Armin Laschet hat den heute (19. September 2007) vorgelegten Vorschlag der Spitzenverbände zum KiBiz (Kinderbildungsgesetz) als sachlichen Beitrag gewürdigt. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege (LAGÖF) hat heute den Landtagsfraktionen einen Vorschlag zum Gesetzentwurf zugeleitet. Kernpunkt dieses Vorschlags ist ein auf den Kindpauschalen basierendes „Einrichtungsbudget“. Laschet: „Dieser Vorschlag greift die im Regierungsentwurf zum neuen Kinderbildungsgesetz vorgesehenen Kindpauschalen auf und ergänzt diese durch ein neues Element.“ Dies sei so nicht Bestandteil der Konsensgespräche gewesen, sondern sei ein Vorschlag, der aus der Anhörung entstanden sei.

„Die Spitzenverbände unterscheiden sich damit von SPD und Grünen, die am alten bürokratischen GTK-System (Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder) festhalten wollen. Dieser Vorschlag sollte sorgsam geprüft werden“, sagte Laschet. Im Gegensatz zur Gewerkschaft Verdi und vielen anderen aus dem Aktionsbündnis gehe es dabei nicht um „emotionale Eskalation“ auf dem Rücken der Kinder, sondern um sachliche und konkrete Anregungen.

Die kommunalen Spitzenverbände würdigen in der entsprechenden Erklärung zu ihrem gemeinsam von den kommunalen Spitzenverbänden und der Freien Wohlfahrtspflege erarbeiteten Vorschlag ausdrücklich den Regierungsentwurf für das neue Kinderbildungsgesetz. Wörtlich heißt es: „Mit diesem Vorschlag würde der gute Ansatz der Kindpauschalen umsetzbar. Das würden wir begrüßen, denn das System der Kindpauschalen bietet eine große Flexibilität und Leistungsgerechtigkeit“, so die Geschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände.

Wichtig sei, so Minister Laschet, dass die Ziele des Gesetzes: 250 Millionen Euro mehr für die Kindertageseinrichtungen, Ausbau des Betreuungsangebotes für unter Dreijährige, Verbesserung der frühen Bildung und Förderung von Kindern, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible und passgenaue Angebote und der Aufbau der Familienzentren als Unterstützungsangebot für Familien mit Kindern erreicht würden.

Original-Pressemitteilung vom 19.9.2007
Landesregierung NRW

KiBiz-Vorschlag der Spitzenverbände

Lindner: "Willkommener und wertvoller Diskussionsbeitrag"

Zum heute von der Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege vorgelegten Papier zur Weiterentwicklung des "KiBiz" erklärt FDP-Fraktionsvize Christian Lindner:

"Die FDP sieht im heute vorgelegten Papier der Spitzenverbände einen willkommenen und wertvollen Diskussionsbeitrag zur Weiterentwicklung des KiBiz. Er verbindet die Kindpauschalen mit einem auf Gruppentypen basierendem Einrichtungsbudget. Damit wird ein dritter Weg zwischen reiner Kindpauschale und reiner Gruppenpauschale aufgezeigt. Ich sehe darin eine erste Antwort auf die von der FDP gestellte Prüffrage, wie die Planungssicherheit der Träger vergrößert und die pädagogischen Standards verbindlicher gestaltet werden können. Ob dieser Vorschlag auch praxistauglich und im Rahmen des Haushaltsvorbehaltes finanzierbar ist, werden wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner nach Prognoserechnungen beraten."

Original-Pressemitteilung vom 19.9.2007
FDP Landtagsfraktion NRW

Quelle: http://www.nrw-und-politik.de/News/2007/9-2007/19_09_2007_kastner_cdu.htm

Marie-Theres Kastner: CDU-Landtagsfraktion begrüßt neue Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände

Als "ein gutes und wichtiges Signal des Aufeinander-Zugehens" begrüßt die familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Marie-Theres Kastner, die aktuelle Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zum Entwurf des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Besonders erfreut zeigt sich die CDU-Familienexpertin darüber, dass das System der Kindpauschalen (Pressemitteilung der kommunalen Spitzenverbände vom 19. September 2007, Seite 2, zweiter Abschnitt: "(...), denn das System der Kindpauschalen bietet eine große Flexibilität und Leistungsgerechtigkeit".) positiv gewürdigt wird. Kastner kündigte an, dass die CDU-Landtagsfraktion diese neuen Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände sowie der Landesarbeitsgemeinschaft ernsthaft prüfen und wägen werde.

Original-Pressemitteilung vom 19.9.2007
CDU-Landtagsfraktion NRW